

Bericht der Abteilung Münster

für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2016

Mitgliedschaft

Die Abteilung Münster beklagt den Tod nachfolgend aufgeführter Mitglieder:

Landesverwaltungsdirektor Edgar
Neutzer, Münster
Museumsdirektor a. D. Prof. Dr. Stefan
Baumeister, Detmold
Edmund Tegeder, Werne
Erwin Buntenkötter, Münster
Dr. Klaus Meyer, Münster
Arnold Arens, Telgte
Paul Friedek, Ennigerloh
Alfred Dinkelborg, Münster

Klara Schrader, Münster
Otto Storz, Münster
Ulrich Ehrhardt, Münster
Prof. Dr. Otto Heinz-Günter Steinberg,
Münster
Oberkreisdirektor a. D. Dr. Heinrich
Hoffschulte, Münster
Elmar Herold, Münster
Erwin Scheve, Münster

Der Tod folgender Mitglieder wurde dem Verein erst 2016 bekannt

Moritz Casimir Fürst zu Bentheim-
Tecklenburg, Rheda-Wiedenbrück

Walter Huckriede, Münster
Alfons Kupczik, Münster

Dem Verein traten bei:

Münster

Sabine Jarnot
Mathias Iker
Birgit Lammersmann
Irmgard Hüffmeier
Marita Primavesi

Burchard Graf von Westerholt, Horstmar
Dr. Katharina Stütz und Magnus Tintrup
gen. Suntrup, Münster
Norbert und Elke Brinkmann, Rheine
Frank und Anke Butzlaff, Ascheberg
Dr. Birgit Gropp und Dr. David Gropp,
Münster

Auswärts

Eleonore Bleck, Reken

Studenten

Florian Sommer, Bonn
André Heck, Münster

Familien

Stefan und Dr. Elisabeth Tyrell, Telgte

Am 31.12.2016 zählte der Verein 1068 Mitglieder, darunter 2 Ehrenmitglieder, 631 voll zahlende persönliche Mitglieder und 121 korporative Mitglieder, 96 Familien mit 95 Ehe- oder Lebenspartnern sowie 85 Kindern und Enkelkindern, 19 Studenten, 17 nicht zahlende Einrichtungen des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, die Kulturdezernentin des LWL und die Schwesterabteilung Paderborn.

Gremien

Vorstand und Beirat

Vorstand und Beirat haben am 26. Januar und am 28. Juni 2016 getagt.

Jahreshauptversammlung

Die Mitgliederversammlung fand am 8. März 2016 im Vortragssaal des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen, Abteilung Münster statt. Vorstand und Beirat wurden neu gewählt.

Angebote und Veranstaltungen

Vorträge

Dienstag, 19. Januar 2016

Dr. Katrin Minner (Münster): Der Schreibtisch zum Ruhrbergbau: Das Oberbergamt Dortmund (1930–1950)

Montag, 25. April 2016

Dr. Ulf Morgenstern (Friedrichsruh): Von Münster in die Welt: Die westfälische Gelehrtenfamilie Schücking

Montag, 9. Mai 2016

Dr. Dieter Veldtrup, Dr. Gerd Dethlefs (Münster): Noten im Bild und Italien im Sinn: Hermann tom Ring malt den Münsteraner Johannes Münstermann (1547). Vortrag mit musikalischer Aufführung durch ein Gambenensemble mit Gisela Uhlen-Tuyala und die Sängerin Claudia Korsmeier

Montag, 24. Oktober 2016

Dr. Gabriele Isenberg (Hattingen): Das Bistum Münster in der ersten Hälfte des 9. Jahrhunderts

Montag, 14. November 2016

Dr. Olaf Schmidt-Rutsch (Dortmund): „Die Provinz Westphalen ist von einer großen volkswirtschaftlichen Gefahr bedroht!“ Zur Kanaldiskussion im 19. Jahrhundert

Montag, 12. Dezember 2016

Dr. Arne Hennemann (Arnsberg): Die Bezirksregierung Arnsberg 1933–1945. Behördenhandeln als Partizipation am NS-Unrechtsstaat

Der Verein war Kooperationspartner bei der zweiteiligen Vortragsreihe „Täter – Mitläufer – Opfer. Einblicke in personenbezogene Verwaltungsakten zum Nationalsozialismus“ des Landesarchivs NRW Abt. Westfalen.

68. Tag der Westfälischen Geschichte in Ibbenbüren

Am 8./9. April 2016 fand der 68. Tag der Westfälischen Geschichte in Ibbenbüren statt. Die Veranstaltung wurde von ca. 80 Personen am Freitagabend und ca. 45 Personen am Samstagvormittag besucht.

Fahrten

21. Mai

An der von Frau Dr. Isenberg und Frau Dr. Black-Veldtrup geleiteten Frühjahrs-

fahrt an die Lippe nahmen 48 Vereinsmitglieder teil. Auf dem Programm standen das LWL-Römermuseum in Haltern, die Heilig-Kreuz-Kirche in Bossendorf und Schloss Heessen, beide in Hamm, die Krypta von St. Ida in Herzfeld, Schloss Hovestadt mit Park und der Stadt Lippstadt.

17. Juni

Auf einer Tagesfahrt nach Duisburg ließen sich 32 Teilnehmer von Frau Dr. Black-Veldtrup das Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abt. Rheinland, die mittelalterliche Wiege der Stadt und architektonische Avantgarde rund um den Innenhafen zeigen, und sie besichtigten den größten Binnenhafen Europas vom Schiff aus.

20. bis 24. Juni

36 Teilnehmer begaben sich mit Hans Peter Boer auf eine Studienfahrt in den Harz. Besucht wurden Goslar, Wolfenbüttel, Quedlinburg, Gernrode und Halberstadt.

Führungen und andere Veranstaltungen

3. und 30. März sowie 9. Juni und 14. Juli

Auf vier Kuratorenführungen zeigte Dr. Angelika Lorenz insgesamt 97 Vereinsmitgliedern die Abteilung „Barock und Renaissance“ im LWL-Museum für Kunst und Kultur.

12. März

3 Kinder aus Familienmitgliedschaften übten sich auf einer von Frau Dr. Black-Veldtrup geleiteten Schreibwerkstatt im Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Westfalen, im Schreiben von Sütterlin mit Feder und Tinte.

13. Juni

Das Angebot einer archäologischen Führung auf dem Grabungsgelände in der Jüdefelderstraße nutzten 20 Vereinsmitglieder.

15. Juli

12 Kinder nahmen an einer Führung zur Geschichte des Fußballspiels im Preußenstadion unter Leitung von Frau Dr. Schedensack und Herrn Winkler teil.

27. August

Frau Dr. Black-Veldtrup unternahm mit 16 Vereinsmitgliedern einen historischen Spaziergang durch Münster unter dem Thema „Eingebuchtet“ zu Kerkern, Verliesen und Gefängnissen.

8. und 22. November

Auf zwei Führungen zeigte Dr. David Gropp 56 Vereinsmitgliedern den Erbdrossenhof.

21. November

Prof. Dr. Martin Kintzinger gab interessierten Schülerinnen und Schülern eine Einführung in das Studium der Geschichte.

Publikationen

Es erschienen Bd. 94 der Zeitschrift *Westfalen* und Bd. 166 der *Westfälischen Zeitschrift*. Vier Schülerarbeiten, die im Rahmen des Geschichtswettbewerbs der Körberstiftung zum Thema „Anders sein“ eingereicht wurden, wurden auf der Webseite des Vereins veröffentlicht.

Dr. Mechthild Black-Veldtrup
Vereinsdirektorin

Dr. Gunnar Teske
Schriftführer

Anlage

Kurzfassungen der Vorträge

Dr. Katrin Minner (Münster): Der Schreibtisch zum Ruhrbergbau: Das Oberbergamt Dortmund (1930–1950)

Für den deutschen Bergbau war die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts eine Phase des permanenten Ausnahmezustands: eine Phase von Kriegen und Wirtschaftskrisen, von befeuerter Konjunktur bis zu Rezession und Depression. Zwar hatten die Zechen seit Mitte des 19. Jahrhunderts ihre unternehmerische Unabhängigkeit von staatlicher Bevormundung durchsetzen können, dennoch unterlagen sie weiterhin rechtlichen und bergpolizeilichen Vorgaben und staatlicher Aufsicht. Für den Ruhrbergbau als größtem Steinkohlenabbaugebiet Deutschlands und Europas oblag diese Funktion dem Oberbergamt Dortmund, einer preußischen Mittelbehörde, im Rang vergleichbar einem Regierungspräsidium. Bis Mitte des 20. Jahrhunderts wechselten innerhalb kürzester Zeit die politischen Systeme mit entsprechenden Auswirkungen auf die personelle Zusammensetzung und die inhaltliche Arbeit der Behörde. Die Behördenspitze wurde 1933 neu besetzt. Beamte mit NS-Affinitäten erlebten einen Karriereaufschwung. Zwei Drittel der Oberbergämter traten der NSDAP bei. Mit dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums wurde demgegenüber eine Zahl von Mitarbeitern, die sich vorher für Zentrum oder SPD engagiert hatten, aus dem Dienst entfernt oder degradiert. Auch jüdische Bergbeamte verloren ihre Beschäftigung.

Die Oberbergämter fungierten im System des Nationalsozialismus als Scharnier zwischen bisweilen unterschiedlichen Interessen von Unternehmen und staatlicher Führung. Bedürfnisse der Kriegswirtschaft vor dem Hintergrund der militärisch-expansionistischen Ziele mussten mit dem Auftrag, für Grubensicherheit und den (gesundheitlichen) Schutz der Bergleute zu sorgen, vereinbart werden. Das Oberbergamt war eingebunden in die Autarkiepolitik des NS-Regimes und hatte z. B. Gesetze zum Umgang mit Bodenschätzen (z. B. ein einfacherer Zugang zu Lagerstätten gegen den Willen des privaten Bodeneigentümers ohne Enteignungsverfahren) umzusetzen. Auch die zerstörerischen Lebens- und Arbeitsbedingungen der seit 1942 verstärkt eingesetzten sowjetischen Kriegsgefangenen blieben dem Oberbergamt nicht unbekannt. Die zivilen Oberbergämter waren z. T. eingebunden in die Ausbeutung von Kohlengruben in den besetzten Gebieten.

Mit Kriegsende standen die Bergbehörden vor einem weiteren Spagat: Einerseits herrschte in der Nachkriegsphase dringender Bedarf an Brennstoffversorgung und Rohstoffen für den Wiederaufbau, der einen möglichst reibungslosen Ablauf in der noch vorhandenen wirtschaftlichen Infrastruktur nahelegte. Andererseits rückten öffentliche Einrichtungen mit gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Bedeutung in den Blick politischer Säuberungen der Entnazifizierung. So unterlagen auch die (höheren) Beamten des Oberbergamts Dortmund einem Entnazifizierungsverfahren. Neben einigen Suspendierungen überwogen Kontinuitäten beim Personal, insbesondere auf der Leitungsebene. Bei Neueinstellungen wurden z. T. aber auch solche Fachkräfte berücksichtigt, die von den Nationalsozialisten entlassen worden waren.

Nach den Moratorien der nationalsozialistischen Autarkiepolitik und der Mangelwirtschaft nach Kriegsende knüpfte der deutsche Steinkohlenbergbau an den absteigenden Trend an, der sich bereits in den 1920er-Jahren angedeutet hatte. Auch in der Behördenlandschaft blieb der Niedergang des deutschen Montansektors nicht ohne Folgen: 1970 fusionierten die Oberbergämter Dortmund und Bonn zum Landesoberbergamt, das 2001 gewissermaßen nach gut zweihundert Jahren den Status als eigenständige Landesbehörde verlor und seitdem als Abteilung „Bergbau und Energie“ der Bezirksregierung Arnsberg zugeordnet ist.

Der Beitrag ist abgedruckt unter dem Titel: Nur eine Fachbehörde? Das Oberbergamt Dortmund im Spannungsfeld von Polykratie und Mitarbeit im „Führerstaat“, in: Bezirksregierung Arnsberg (Hg.), 200 Jahre Regierung in Arnsberg. Wandel gestalten – Vielfalt leben, Arnsberg 2016.

Dr. Ulf Morgenstern (Friedrichsruh): Von Münster in die Welt: Die westfälische Gelehrtenfamilie Schücking

Die Schückings stammen aus dem Münsterland und gehörten in Coesfeld und Münster seit dem ausgehenden Mittelalter zum Patriziat. Im 18. Jahrhundert bekleidete einer von ihnen sogar das Amt des Kanzlers des Fürstbistums Münster. In der nach-napoleonischen Zeit wurden Angehörige aus anderen Linien deutschlandweit bekannt, etwa der Schriftsteller und Freund Annette von Droste-Hülshoffs Levin Schücking. Bereits im frühen 19. Jahrhundert standen die katholischen Schückings auch für eine Entwicklung, die Historiker gegenwärtig „frühe Globalisierung“ nennen: Einige wanderten von Münster und Osnabrück in die USA oder in die Donau-Monarchie aus, wo sie Militär- und Verwaltungskarrieren einschlugen. Die Enkel-Generation Levin Schückings trat an der Wende zum 20. Jahrhundert politisch, wissenschaftlich und künstlerisch hervor: Als Professoren, Reichstagsabgeordnete, Vereins- und Parteigründer machten die Schückings in Deutschland, Europa und Amerika bis heute von sich reden – zuletzt etwa in der Person der Rektorin der Universität Leipzig.

Dr. Gerd Dethlefs und Dr. Dieter Veldtrup (Münster): Noten im Bild und Italien im Sinn: Hermann tom Ring malt den Münsteraner Johannes Münstermann (1547).

In der Sammlung des LWL-Museums für Kunst und Kultur befindet sich ein Gemälde von Hermann tom Ring, das den 25-jährigen münsterischen Bürgersohn Johannes Münstermann zeigt, der ein Blatt mit gut lesbaren Noten in der

Hand hält (Inv.Nr. 686 LM). Der Vortrag widmete sich der Frage nach der Bedeutung des rätselhaften Bildes. Joseph Prinz konnte 1962 in der Zeitschrift „Westfalen“ die Identität des jungen Mannes klären, Hildegard Westhoff-Krummacher ebendort 1967 das Bild als Brautwerbungsbild deuten: Die Madrigale von Verdelot handeln von unerfüllter Liebe; der junge Mann deutet auf eine Liedstelle, die die Hoffnung des abgewiesenen Bewerbers ausdrückt. Auch die künstlerischen Vorbilder des Gemäldes weisen übrigens über Köln nach Italien! Das Bild hat eine Parallele in dem Stammbuch des münsterischen Erbmanns Bernhard Schenckinck (um 1538/39–1597). Neues zur Genealogie und zum Verwandtschaftskreis der Familie Münstermann trug Dieter Veldtrup bei. Das auf dem Gemälde dargestellte italienische Madrigal „Italia mia“ von Philippe Verdelot (1480/86 – ca. 1539) auf einen Text von Francesco Petrarca (1304–1374) wurde von dem Gambenensemble um Gisela Uhlen-Tuyala und der Mezzosopranistin Claudia Korsmeier zu Gehör gebracht.

Dr. Gabriele Isenberg (Hattingen): Das Bistum Münster in der ersten Hälfte des 9. Jahrhunderts. Ein Sonderfall in Sachsen

805 gründete der friesische Missionar Liudger das Bistum Münster, das von Beginn an durch einige Besonderheiten auffällt. So teilte sich der Sprengel in zwei weit voneinander entfernte Bereiche auf. Der nördliche Bistumsteil, der entlang der Nordseeküste von der Emsmündung bis weit in den heute niederländischen Raum reichte, war offenbar identisch mit einem zusammenhängenden Gürtel von liudgeridischem Familienbesitz.

Im südlichen Teil des Bistumsgebiets dagegen fällt eine deutliche Konzentration von Reichsgut auf, die an einer Häufung von Patrozinien zu erkennen ist, die von den fränkischen Herrschern verwendet wurden. Eine solche Konzentration von Reichsgut gilt als verstärktes Interesse der Herrscher an strategisch und wirtschaftlich bedeutenden Regionen. Die Existenz von karolingischem Reichsgut im nordwestlichen Münsterland ist dadurch eindeutig belegt, dass in den 30er-Jahren des 9. Jahrhunderts Ludwig der Fromme begann, aus dem erweiterten Emsraum Grundbesitz zu verschenken. Beschenkt wurde allerdings nicht die münsterische Kirche, sondern ausschließlichs das Damenstift Herford.

Eine weitere Besonderheit in der Frühzeit des Bistums Münster liegt darin, dass die frühen, noch aus der Liudgeridenfamilie stammenden münsterischen Bischöfe wenig in den Ausbau ihres Sitzes investiert zu haben scheinen. Statt vollständige Heiligengebeine aus dem Bereich der alten Kirche in das Bistum überführen zu lassen, um mit dem Aufbau einer Exklusivverehrung den eigenen Standort aufzuwerten, investierten die münsterischen Bischöfe bis weit ins 9. Jahrhundert hinein in die Entwicklung eines Exklusivkults für ihren Gründerheiligen an dessen Grabort in Werden an der Ruhr, obwohl das Familienkloster der Liudgeriden weit südlich der münsterischen Bistumsgrenze lag.

Der Vortrag ist abgedruckt oben S. 9–35

Dr. Olaf Schmidt-Rutsch (Dortmund): „Die Provinz Westphalen ist von einer großen volkswirtschaftlichen Gefahr bedroht!“ Zur Kanaldiskussion im 19. Jahrhundert

Die Geschichte der Industrialisierung ist auch eine Geschichte konkurrierender Verkehrssysteme. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts geriet die Schifffahrt auf Ruhr

und Lippe unter Konkurrenzdruck, denn die Eisenbahn bot als neues Verkehrssystem die Möglichkeit eines schnellen, von Wasserständen und anderen naturräumlichen Beschränkungen weitgehend unbeeinflussten Warentransports. Doch vermochte der Siegeszug der Bahn die Binnenschifffahrt keineswegs zu verdrängen. In Dortmund erschien 1856 eine Denkschrift, die eine künstliche Wasserstraße zwischen Rhein und Elbe forderte, um der Kohle des Ruhrgebiets neue Absatzwege zu öffnen. Sie markierte den Beginn der Kanaldebatten, die für die nächsten 50 Jahre in Westfalen und dem Ruhrgebiet geführt wurden und erst mit der Eröffnung des Rhein-Herne-Kanals 1914 beendet waren.

Ausgehend von der Ruhrschifffahrt als industriellem Verkehrssystem des 18. Jahrhunderts stellte der Vortrag die Konzeptionen und Diskussionen um den Bau von Wasserstraßen in Westfalen vor. Ideen, den Eisenbahnen Kanäle als Verkehrswege für Massengüter zur Seite zu stellen, führten Mitte des 19. Jahrhunderts zu engagierten Debatten, die sich nicht nur um die besten Trassenführungen drehten, sondern vielmehr eine Auseinandersetzung um traditionelle und moderne Verkehrskonzepte waren. Ging es zunächst um die Frage, ob eine „Kanalisation des Hellwegs“ oder ein vom Rhein ausgehender kilometer langer „Industriehafen“ die wirtschaftliche Entwicklung der Region besser fördern würde, fiel die Entscheidung schließlich zwischen der Anbindung des Ruhrgebiets über den Mittellandkanal an Rhein und Elbe und dem Dortmund-Ems-Kanal als preußischem Weg zur Nordsee.

In der Kanaldebatte spiegeln sich innerhalb sich rasant verändernder Gesellschaftsstrukturen diverse Interessengruppen, aber auch regionale und staatliche Zielsetzungen. Neben bekannten „Industrieepionieren“ wie Friedrich Harkort und William Thomas Mulvany stellte der Vortrag auch unbekanntere Persönlichkeiten wie den Unterzeichner der ersten Kanaldenkschrift Carl von Hartmann oder den Berghauptmann August von Schönaiach-Carolath vor, die ebenso wesentlich auf die Gestaltung des westdeutschen Kanalsystems Einfluss genommen haben wie die Wasserbautechniker Karl Michaelis oder Leo Sympher. Nicht zuletzt wurde die Rolle Münsters im Kontext dieser Diskussionen behandelt.

Dr. Arne Hennemann (Arnsberg): Die Bezirksregierung Arnsberg 1933–1945. Behördenhandeln als Partizipation am NS-Unrechtsstaat

Bis heute ist das Wissen darüber, wie die Bezirksregierungen in Nordrhein-Westfalen unter den Bedingungen des NS-Staates verwaltet und gehandelt haben, sehr uneinheitlich. So existiert für eine der ehemals größten preußischen Regierungen – die Bezirksregierung Arnsberg – keine detaillierte Fallstudie. Bis in die jüngste Vergangenheit vermittelten Darstellungen zur Rolle der südwestfälischen Mittelbehörde das Bild einer Bezirksregierung, die ausschließlich der Weisungsgebung des Westfälischen Oberpräsidiums sowie der südwestfälischen Gauleitung unterstanden habe. Nach dieser Lesart hätte die Bezirksregierung alle Anweisungen ohne weitere Nuancierungen umsetzen müssen und ausschließlich auf Weisung ‚von oben‘ gehandelt.

In einem 3 1/2-jährigen Forschungsprojekt in Kooperation mit der Westfälischen-Wilhelms-Universität und der Arnsberger Bezirksregierung wurde ab 2013 das im Landesarchiv NRW Abteilung Westfalen, erhaltene Aktenkorpus der Arnsberger Behörde untersucht. Dabei standen drei Kernfragen im Mittelpunkt des Interesses:

Welche Verwaltungsgebiete würden sich inhaltlich und an Behördenbefugnissen orientiert aufgrund des Aktenmaterials rekonstruieren lassen? Verbanden sich mit diesen Behördenvorgängen tatsächlich eigenständig-gestalterische Geschäftsabläufe der Arnberger Beamten? Inwiefern lassen sich für die handelnden Beamten konkretere Handlungsmotive – etwa aufgrund der Behördensoziologie oder der Einbettung der Bezirksregierung in die innere Verwaltung des NS-Staates – verifizieren?

Ausgehend von dieser Leitperspektive stellte der Vortrag die wesentlichen Erkenntnisse des Forschungsvorhabens vor und versuchte zu erklären, wie das System „Mittelinanz“ unter den Bedingungen der Diktatur funktionierte.